

Berlin-Brandenburg-BUS 2002

Die Haltung der Bevölkerung zur Fusion von Berlin und Brandenburg 2000 und 2002

Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft,
des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin und forsa
am 10. Juli 2002

Oskar Niedermayer/Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Ihnestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-54959, Fax (030) 838-54960
E-Mail: niederm@zedat.fu-berlin.de
rstoess@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm>

Angaben zu den Umfragen

Projektleiter: Prof. Dr. Oskar Niedermayer, PD Dr. Richard Stöss
Finanzierung: Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft
Datenerhebung: Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa)
(Telefonbefragung)

Umfrage 2000:

Befragungszeitraum: Mai/Juni 2000
Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1992 (darunter 1850 Wahlberechtigte).

Umfrage 2002:

Befragungszeitraum: 19.3.-3.5.2002
Stichprobe: Disproportionale Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg: Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs. Befragte insgesamt: 1995 (darunter 1906 Wahlberechtigte).

Schlagzeilen

- ▶ In Berlin und Brandenburg besteht immer noch eine Mehrheit für die Länderfusion, aber die Gruppe der Gegner ist größer geworden - vor allem in Brandenburg, aber auch in Berlin.
- ▶ In der Peripherie Brandenburgs ist die Ablehnung der Fusion generell besonders groß, aber in den Berlin-nahen Gebieten hat sie seit 2000 besonders stark zugenommen.
- ▶ Bei den CDU-Wählern hat die Begeisterung für die Fusion deutlich nachgelassen. Die PDS-Wähler stehen der Länderehe dagegen heute aufgeschlossener gegenüber als noch 2000.
- ▶ In Brandenburg bestehen weitaus mehr Ängste vor einem Zusammenschluss beider Länder als in Berlin. Dort haben sie sich in den vergangenen zwei Jahren etwas vermindert, in Brandenburg sind sie jedoch - vermutlich in Folge der Finanzmisere Berlins - angewachsen.
- ▶ Der erwartete Nutzen von einem Zusammenschluss beider Länder übertrifft in Berlin und in Brandenburg die Fusionsängste bei weitem. Er hat in Berlin seit 2000 sogar geringfügig zugenommen, ist in Brandenburg allerdings etwas zurückgegangen.
- ▶ Die Haltung der Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg zur Verschmelzung beider Länder ist durch rationale Erwägungen geprägt: Mit der Anzahl der Argumente für bzw. gegen eine Fusion wächst die Befürwortung bzw. Ablehnung der Länderehe.
- ▶ Die Einstellungen zur Bildung eines gemeinsamen Landes hängen auch davon ab, ob die Befragten das Fusionsthema ganz allgemein aus einer optimistischen oder aus einer pessimistischen Perspektive betrachten.
- ▶ Rationale Nutzenkalküle und pauschale Bewertungen der Fusionsperspektiven bilden keinen Gegensatz. Sie prägen vielmehr gemeinsam die Haltung der Bevölkerung zur Länderehe. Fusionsängste spielen dabei eine nachgeordnete Rolle.
- ▶ Ein neuer Anlauf zur Vereinigung von Berlin und Brandenburg bedarf der sorgfältigen Vorbereitung durch eine Kampagne, die nicht nur die Vorteile und Segnungen einer Fusion kommuniziert, sondern auch die psychologischen Voraussetzungen für die Länderehe schafft.

► **In Berlin und Brandenburg besteht immer noch eine Mehrheit für die Länderfusion, aber die Gruppe der Gegner ist größer geworden - vor allem in Brandenburg, aber auch in Berlin.**

Wie im Jahr 2000 spricht sich auch 2002 eine Mehrheit der Berliner und der Brandenburger für eine Fusion beider Länder aus. In **Berlin** wollen heute 49 Prozent möglichst schnell und weitere 22 Prozent bis 2009 ein gemeinsames Land bilden. Der Anteil der Befürworter - unabhängig von einem spezifischen Zeitpunkt - beträgt mithin 71 Prozent. In **Brandenburg** sind es allerdings nur 52 Prozent, wobei 28 Prozent auf eine rasche Fusion drängen und sich 24 Prozent bis 2009 Zeit lassen wollen. Für das Fortbestehen beider Länder optieren 24 Prozent der Berliner und 46 Prozent der Brandenburger. **Nach wie vor liegt den Berlinern mehr an einer Länderehe als ihren märkischen Nachbarn.**

Tabelle 1: Die Haltung der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg zur Fusion beider Länder 2000 und 2002 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2000	2002	2000	2002
Möglichst schnell gemeinsames Land bilden	51	49	32	28
Bis 2010/2009 gemeinsames Land bilden ^{a)}	25	22	27	24
Getrennt bleiben	20	24	35	46
Weiß nicht, keine Antwort	4	5	5	2

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

a) Die Antwortvorgabe lautete in der Umfrage 2000 "2010", in der Umfrage 2002 "2009".

In den vergangenen zwei Jahren hat der Anteil der Befürworter allerdings abgenommen - sowohl in Berlin als auch in Brandenburg. Das Lager der Fusionsgegner ist in Berlin um 20 Prozent (von 20% auf 24%) gewachsen, in Brandenburg sogar um 30 Prozent (von 35% auf 46%).

► **In der Peripherie Brandenburgs ist die Ablehnung der Fusion generell besonders groß, aber in den Berlin-nahen Gebieten hat sie seit 2000 besonders stark zugenommen.**

In unserer Untersuchung werden beide Länder nach speziellen Gebieten aufgeteilt: Für **Berlin** unterscheiden wir zwischen dem **Ostteil** und dem **Westteil** der Stadt. Für Brandenburg unterscheiden wir zwischen dem **"Engeren Verflechtungsraum" (EVR)** und dem **"Äußeren Entwicklungsraum" (ÄER)**. Dabei handelt es sich um raumordnerische Einteilungen des "Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Berlin/Brandenburg". Der EVR vereinigt die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs. Er ist räumlich umfassender als der so genannte "Speckgürtel", womit zumeist nur die Teile Brandenburgs innerhalb des Autobahnringes um Berlin gemeint sind. Der ÄER umfasst folglich die übrigen, Berlin-fernen Teile Brandenburgs, in denen rund zwei Drittel der Einwohner des Landes leben.

In Tabelle 2 sind die Meinungen zur Fusion beider Länder nach diesen vier Gebieten aufgeschlüsselt. Für eine Fusion sprechen sich **derzeit** 51 Prozent der Märker im ÄER, 53 Prozent der Märker im EVR, 71 Prozent der Ost-Berliner und 72 Prozent der West-Berliner aus. Entsprechend reicht die Skala der Fusionsgegner von den brandenburgischen Randgebieten (47%) bis zum Westteil Berlins (23%).

Die besondere Zurückhaltung in Bezug auf die Zusammenlegung beider Länder in den Randregionen Brandenburgs wird relativiert, wenn die **Veränderungen zwischen 2000 und 2002** in den Blick geraten: In diesem Zeitraum wuchs der Anteil der Fusionsgegner im EVR um knapp 40 Prozent (von 32% auf 44%), im ÄER dagegen nur um 27 Prozent (von 37% auf 47%). Und in Berlin-West mehrte sich die Gegnerschaft zur Länderehe stärker (+28%) als im Ostteil der Stadt (+27%). In den Untersuchungsgebieten beider Länder, in denen die Ablehnung der Fusion vergleichsweise schwach ausgeprägt ist, hat sie in den vergangenen beiden Jahren also überdurchschnittlich zugenommen. Anders gesagt: **Die 2000 gemessenen Unterschiede zwischen West- und Ost-Berlin einerseits und zwischen dem EVR und dem ÄER Brandenburgs andererseits haben sich 2002 deutlich verringert.**

Tabelle 2: Die Haltung der Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder 2000 und 2002 (%)				
Berlin				
	West		Ost	
	2000	2002	2000	2002
Möglichst schnell gemeinsames Land bilden	54	51	46	47
Bis 2010/2009 gemeinsames Land bilden ^{a)}	24	21	27	24
Getrennt bleiben	18	23	22	25
Weiß nicht, keine Antwort	3	5	6	4
Brandenburg				
	EVR		ÄER	
	2000	2002	2000	2002
Möglichst schnell gemeinsames Land bilden	40	27	28	28
Bis 2010/2009 gemeinsames Land bilden	23	26	30	23
Getrennt bleiben	32	44	37	47
Weiß nicht, keine Antwort	5	3	6	2

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

a) Die Antwortvorgabe lautete in der Umfrage 2000 "2010", in der Umfrage 2002 "2009".

► **Bei den CDU-Wählern hat die Begeisterung für die Fusion deutlich nachgelassen. Die PDS-Wähler stehen der Länderehe dagegen heute aufgeschlossener gegenüber als noch 2000.**

Betrachtet man die Region Berlin-Brandenburg **insgesamt**, dann ist heute der Anteil der Fusionsanhänger an der Wählerschaft der Bündnisgrünen am größten (80%). Es folgen FDP (75%), SPD (66%), CDU (61%) und PDS (60%) (ohne Tabelle). In beiden Ländern bzw. in den vier Untersuchungsgebieten stellt sich die Lage jedoch sehr unterschiedlich dar. In **Berlin** sprechen sich die Wähler der Bündnisgrünen am häufigsten und (abgesehen von den sonstigen Parteien und den Nichtwählern) die der CDU am seltensten für die Länderehe aus, in **Brandenburg** sind die FDP-Wähler besonders und die PDS-Wähler am wenigsten fusionsbegeistert, wobei die Wähler der sonstigen Parteien, die Nichtwähler und die Unentschiedenen allerdings noch schlechter abschneiden (Tabelle 3).

Tabelle 3: Der Anteil der Befürworter einer Fusion von Berlin und Brandenburg an den Wählern^{a)} der Parteien, an den Nichtwählern und den Unentschiedenen in Berlin und Brandenburg 2000 und 2002 (%)				
	Berlin		Brandenburg	
	2000	2002	2000	2002
CDU	81	68	70	52
SPD	83	79	64	56
FDP	75	75	83	72
B90/G	77	86	71	58
PDS	65	65	51	53
Sonstige Parteien	68	54	50	36
Nichtwähler	62	60	49	37
Unentschiedene	72	71	57	43
Alle Befragten	76	71	59	52

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

a) Gemessen an der Wahlabsicht (Landeswahlen).

Tabelle 4: Der Anteil der Befürworter einer Fusion von Berlin und Brandenburg an den Wählern^{a)} der Parteien, an den Nichtwählern und den Unentschiedenen in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 2000 und 2002 (%)				
Berlin				
	West		Ost	
	2000	2002	2000	2002
CDU	82	67	80	72
SPD	81	78	85	83
FDP	85	82	*	47
B90/G	84	85	69	88
PDS	70	52	64	70
Sonstige Parteien	78	57	67	*
Nichtwähler	64	59	58	60
Unentschiedene	75	78	69	62
Alle Befragten	78	72	73	71
Brandenburg				
	EVR		ÄER	
	2000	2002	2000	2002
CDU	71	57	66	48
SPD	66	54	62	57
FDP	91	46	71	89
B90/G	69	*	73	70
PDS	57	60	44	49
Sonstige Parteien	83	*	*	*
Nichtwähler	57	43	41	34
Unentschiedene	54	48	58	39
Alle Befragten	63	53	58	51

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum (Berlin-naher Teil Brandenburgs).

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum (Berlin-ferne Gebiete Brandenburgs).

a) Gemessen an der Wahlabsicht (Landeswahlen).

* Wegen sehr geringer Fallzahlen keine Angabe möglich.

Aufschlussreicher als die aktuellen Umfragedaten ist der Vergleich zwischen 2000 und 2002. Für **Berlin** (Tabelle 3) ergeben sich folgende Veränderungen: Bei der CDU hat der Anteil der Fusionsbefürworter besonders stark (von 81% auf 68%) abgenommen, bei der SPD fällt der Rückgang dagegen vergleichsweise moderat aus (von 83% auf 79%). Unverändert ist die Lage bei den Wählern der FDP (75% Zustimmung) und der PDS (65% Zustimmung). Nur die Wähler der Bündnisgrünen zeichnen sich durch einen positiven Trend aus: Die Anhänger einer Verschmelzung von Berlin und Brandenburg haben von 77 Prozent auf 86 Prozent zugenommen.

In **Brandenburg** (Tabelle 3) hat die Vereinigungsbegeisterung in den Wählerschaften aller Parteien nachgelassen, besonders bei der CDU und den Bündnisgrünen. Allein die PDS-Wähler weisen - wenn auch in bescheidenem Umfang - eine gegenläufige Entwicklung auf: Der Anteil der Fusionsanhänger ist von 51 Prozent auf 53 Prozent gewachsen.

Dass die PDS-Wähler der Verschmelzung beider Länder heute aufgeschlossener gegenüber stehen als noch 2000, zeigt der Vergleich der **vier Untersuchungsgebiete** (Tabelle 4). Mit Ausnahme von West-Berlin ist die Befürwortung eines gemeinsamen Bundeslands überall angewachsen, in Berlin-Ost von 64 Prozent auf 70 Prozent, im EVR von 57 Prozent auf 60 Prozent und im ÄER von 44 Prozent auf 49 Prozent. Dagegen ist die Zustimmung zur Länderfusion der CDU-Wähler in allen vier Untersuchungsgebieten überdurchschnittlich (in Bezug auf die Gesamttendenz in dem jeweiligen Gebiet) gesunken. **Im EVR und im ÄER Brandenburgs verfügt die PDS sogar anteilig über mehr Befürworter als die Union.** Auch die SPD-Wähler sind seit 2000 skeptischer geworden, freilich in vergleichsweise bescheidenem Ausmaß. Nur im EVR sind die Fusionsbefürworter überproportional abgeschmolzen.

- **In Brandenburg bestehen weitaus mehr Ängste vor einem Zusammenschluss beider Länder als in Berlin. Dort haben sie sich in den vergangenen zwei Jahren etwas vermindert, in Brandenburg sind sie jedoch - vermutlich in Folge der Finanzmisere Berlins – angewachsen.**

In der Studie des Jahres 2000 haben wir die Ursachenanalyse hinsichtlich der Haltung der Bevölkerung zur Länderfusion sehr breit angelegt und beispielsweise auch die Kontakthäufigkeiten und die gegenseitigen Sympathien von Berlinern und Brandenburgern untersucht. Selbst der Frage, ob sich die Bewohner eines Landes vorstellen könnten, im jeweils anderen Bundesland zu leben, sind wir nachgegangen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die gefühlsmäßige Haltung gegenüber dem jeweils anderen Land nur eine geringe Rolle spielt. Auch historische Belastungen, wie etwa der Ost-West-Konflikt oder das spannungsreiche Verhältnis zwischen Berlin [Ost] als der damaligen Hauptstadt der DDR und ihrem DDR-Umland, sind nicht maßgeblich. Wir sind damals zu dem Schluss gelangt, dass die Bevölkerung offenbar in erster Linie zu einem **betont argumentativen Umgang** mit dem Fusionsproblem neigt. Dabei haben sich zwei Gruppen von Argumenten als bedeutsam herausgestellt:

- **Argumente für eine Länderehe, die stark nutzenorientiert sind, und**
- **Argumente gegen eine Länderehe, die spezifische Ängste zum Ausdruck bringen.**

Auf diese beiden Argumentationsebenen werden wir uns hier zunächst konzentrieren.

Tabelle 5 verzeichnet sechs maßgebliche Argumente gegen die Fusion, die konkrete Ängste in Bezug auf die Zusammenlegung von Berlin und Brandenburg signalisieren. Je drei davon stellen Berlin-spezifische bzw. Brandenburg-spezifische Ängste dar. Sie sind fett umrandet. Die Befragungsergebnisse außerhalb der Umrandungen werden der Information halber mitgeteilt, nicht aber in die Analyse einbezogen.

Die für **Berliner** maßgeblichen Argumente gegen eine Fusion finden heute etwas weniger Zustimmung als noch 2000. Allein die Gefahr, dass Berlin dadurch seine Identität verlieren könnte, wird derzeit nicht anders bewertet als vor zwei Jahren.

Tabelle 5: Spezifische Ängste der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg hinsichtlich einer Fusion beider Länder 2000 und 2002 (%)				
Zustimmung zu den Statements (= Argumente gegen die Fusion)	Berlin		Brandenburg	
	2000	2002	2000	2002
Berlin wird in einem gemeinsamen Bundesland seine besondere Stellung als Metropole einbüßen	21	19	21	15
Berlin wird seine Identität verlieren	14	14	6	11
Es wird zu großen finanziellen Belastungen für Berlin kommen	32	29	22	26
Berlin wird Brandenburg dominieren	52	42	62	61
Brandenburg wird seine Identität verlieren	18	15	30	35
Es wird zu großen finanziellen Belastungen für Brandenburg kommen	23	38	51	67

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

Im Vergleich zu Berlin sind die **Brandenburger** durch massive Fusionsängste geprägt. Rund zwei Drittel der Märker befürchten, dass Berlin nach vollzogener Heirat Brandenburg dominieren wird und dass dann auf Brandenburg große finanzielle Belastungen zukommen. Gegenüber 2000 hat das Finanzargument an Gewicht gewonnen, es steht heute an erster Stelle.

Die maßgeblichen Kritikpunkte hinsichtlich einer Zusammenlegung beider Länder lauten in Brandenburg mittlerweile also: finanzielle Einbußen (67%) und Bedeutungsverlust Brandenburgs gegenüber Berlin (61%). Geht man realistischere

davon aus, dass sich Brandenburg bei den Fusionsverhandlungen in finanziellen Fragen kaum "unterbuttern" lässt und dass dies im Rahmen einer Fusionskampagne auch kommunizierbar ist, dann besteht der ernst zu nehmende Kern der konkreten Ängste darin, **dass viele Brandenburger mit der Verschmelzung beider Länder den Verlust von Eigenständigkeit und Identität verbinden**. In dieser Hinsicht geht Berlin vergleichsweise selbstbewusst in die Verhandlungen.

Dies zeigt sich auch an folgenden Befunden (ohne Tabelle): Im Jahr 2000 waren 53 Prozent der Berliner aber nur 24 Prozent der Märker frei von Fusionsängsten. Heute erweisen sich sogar 60 Prozent der Berliner als angstfrei, in Brandenburg sind es nur noch 17 Prozent.

(Möglicherweise wird diese Mentalität als überheblich wahrgenommen und trägt so zur Skepsis der märkischen Nachbarn gegenüber einer festen Bindung mit Berlin bei.)

Es liegt nahe, das Ausmaß der Fusionsängste als maßgebliche Determinante der Haltung zu einem gemeinsamen Bundesland zu vermuten. Dies trifft jedoch nicht zu, wie sich gleich zeigen wird.

- ▶ **Der erwartete Nutzen von einem Zusammenschluss beider Länder übertrifft in Berlin und in Brandenburg die Fusionsängste bei weitem. Er hat in Berlin seit 2000 sogar geringfügig zugenommen, ist in Brandenburg allerdings etwas zurückgegangen.**

Ein Vergleich der Befragungsergebnisse bezüglich der Fusionsängste und des erwarteten Nutzens eines Länderzusammenschlusses fällt eindeutig zu Gunsten der Vereinigungsgewinne aus. In Berlin bejahen derzeit 46 Prozent und in Brandenburg immerhin noch 29 Prozent der Befragten alle sechs in Tabelle 6 genannten Pro-Argumente. 2000 waren es in Berlin noch 44 Prozent, in der Mark sogar 36 Prozent (ohne Tabelle). Nutzenerwägungen haben also in Berlin etwas an Bedeutung gewonnen, in Brandenburg haben sie aber an Überzeugungskraft verloren.

Der Vorrang von Pro-Argumenten gegenüber Argumenten gegen eine Fusion wird besonders plastisch, wenn 40 Prozent der ängstlichen Befragten, die alle drei Statements gegen die Fusion bejahen, zwischen drei und sechs Argumente für eine Länderehe gutheißen (ohne Tabelle).

Der erwähnte Unterschied zwischen Berlin und Brandenburg zeigt sich auch bei der Betrachtung der einzelnen Argumente für die Länderfusion. In **Berlin** hat die Zustimmung bei vier Statements zugenommen, bei einem ist sie unverändert geblieben und bei einem hat sie abgenommen. In **Brandenburg** ist die Zustimmung zu vier Statements gesunken, und bei zwei Statements ist keine Veränderung festzustellen.

Das **gewichtigste Argument** für die Länderehe war 2000 und ist heute für Berliner und Brandenburger, dass eine **gemeinsame Verwaltung besser und wirtschaftlicher** arbeiten kann als zwei Behördenapparate. Davon sind drei Viertel der Hauptstädter und knapp 70 Prozent der Märker überzeugt. An zweiter Stelle folgt in Berlin die **unnötige Ansiedelungskonkurrenz** und in Brandenburg die **verbesserten Reformchancen**. Auf relativ wenig Resonanz stößt dagegen in beiden Ländern das

Argument, dass mit einer Fusion die öffentlichen Ausgaben und die Neuverschuldung sinken werden. Und dass es in Folge der Vereinigung von Berlin und Brandenburg zu einer schnelleren Angleichung der Lebensverhältnisse kommt, glauben realistischerweise ebenfalls vergleichsweise wenige Befragte.

Tabelle 6: Erwarteter Nutzen der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg von einer Fusion beider Länder 2000 und 2002 (%)				
Zustimmung zu den Statements (= Argumente pro Fusion)	Berlin		Brandenburg	
	2000	2002	2000	2002
Insgesamt werden die öffentlichen Ausgaben und die Neuverschuldung geringer sein als heute	44	49	35	35
Eine gemeinsame Verwaltung kann besser und wirtschaftlicher arbeiten als zwei Behördenapparate	74	76	68	68
Nur gemeinsam können Berlin und Brandenburg die Zukunft im Wettbewerb mit anderen Regionen meistern	69	70	62	59
Bei einem Zusammenschluss entfällt eine unnötige Konkurrenz um die Ansiedelung neuer Betriebe	75	72	63	58
Notwendige Reformen können leichter und schneller durchgeführt werden	71	71	71	66
Es wird zu einer schnelleren Angleichung der Lebensverhältnisse kommen	53	55	41	36

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

► **Die Haltung der Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg zur Verschmelzung beider Länder ist durch rationale Erwägungen geprägt: Mit der Anzahl der Argumente für bzw. gegen eine Fusion wächst die Befürwortung bzw. Ablehnung der Länderehe.**

Tabelle 7 zeigt, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Anzahl der Argumente für eine Länderfusion und ihrer Befürwortung besteht. Von den Befragten, die 2002 kein Argument nennen, sprechen sich nur 6 Prozent für eine Fusion aus. Bei den Befragten mit einem oder zwei Pro-Argumenten sind es bereits 19 Prozent, bei denen mit drei oder vier Pro-Argumenten sind es 70 Prozent, und bei den Befragten mit fünf oder sechs Argumenten steigt der Prozentanteil auf 95.

Die Befragungsergebnis für 2000 folgen im Prinzip demselben Muster, allerdings haben damals mehr Befragte (11%) ohne oder mit geringen Nutzenerwartungen für ein gemeinsames Land gestimmt.

All dies trifft mit umgekehrten Vorzeichen für Argumente gegen eine Fusion zu (Tabelle 8): Je mehr Gegenargumente, desto geringer die Zustimmung. Und auch hier optierten 2000 mehr Befragte mit allen drei Fusionsängsten für die Länderehe als 2002. Der Anteil beträgt immerhin 29 Prozent. Knapp ein Drittel der Befragten sprach sich damals also trotz großer Fusionsängste für einen Länderzusammenschluss aus.

Die Erklärung dafür haben wir bereits angedeutet (§. 13): **Wegen des Vorrangs von Pro-Argumenten gegenüber Gegenargumenten können Fusionsängste in gewissem Umfang durch Nutzenerwägungen kompensiert werden.** Dies war offenbar 2000 häufiger der Fall als 2002.

Tabelle 7: Die Zustimmung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder in Abhängigkeit von Nutzenerwartungen 2000 und 2002 (%)		
Anzahl der Argumente pro Fusion ^{a)}	2000	2002
Keine	11	6
1 bis 2	34	19
3 bis 4	77	70
5-6	96	95

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

a) Vgl. Tabelle 6.

Tabelle 8: Die Zustimmung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder in Abhängigkeit von spezifischen Ängsten 2000 und 2002 (%)		
Anzahl der Argumente gegen die Fusion ^{a)}	2000	2002
Keine	84	89
1	76	63
2	47	41
3	29	17

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

a) Vgl. Tabelle 5.

► **Die Einstellungen zur Bildung eines gemeinsamen Landes hängen auch davon ab, ob die Befragten das Fusionsthema ganz allgemein aus einer optimistischen oder aus einer pessimistischen Perspektive betrachten.**

Für unsere These vom betont argumentativen Umgang der Berliner und Brandenburger mit dem Fusionsthema haben wir zwar viel empirische Evidenz zu Tage gefördert. Gleichwohl darf nicht ungeprüft bleiben, ob die Haltung zur Zusammenlegung beider Länder tatsächlich primär durch konkrete Sachargumente bestimmt wird. Daher haben wir zwei Indizes gebildet, die für eine optimistische und eine pessimistische Sicht auf die Fusionsproblematik stehen. Wir nennen diese Indizes Fusionsoptimismus und Fusionspessimismus. Sie sind nicht durch Sachargumente gekennzeichnet sondern umfassen **allgemeine Ansichten** zum Länderzusammenschluss.

Der Index **Fusionsoptimismus** wurde aus folgenden Einstellungen gebildet:

- Es gab in der Vergangenheit schon genug Veränderungen. Deshalb sollte man den Bürgern nicht schon wieder etwas Neues zumuten (Ablehnung).
- Zwischen Berlin und Brandenburg überwiegen alles in allem eher die Gemeinsamkeiten.
- Ich erwarte mir für mich persönlich von einem gemeinsamen Bundesland eher Vorteile als Nachteile.
- Der Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg nützt beiden Ländern.

Der Index **Fusionspessimismus** wurde aus folgenden Einstellungen gebildet:

- Es gab in der Vergangenheit schon genug Veränderungen. Deshalb sollte man den Bürgern nicht schon wieder etwas Neues zumuten (Zustimmung).
- Zwischen Berlin und Brandenburg überwiegen alles in allem eher die Unterschiede.
- Ich erwarte mir für mich persönlich von einem gemeinsamen Bundesland eher Nachteile als Vorteile.
- Der Zusammenschluss beider Länder nützt weder Berlin noch Brandenburg.

Aus den Tabellen 9 und 10 geht hervor, dass die Zustimmung der Bevölkerung zur Länderehe mit wachsendem Fusionsoptimismus zunimmt und mit wachsendem Fusionspessimismus abnimmt. Die Verteilungen scheinen denen in den Tabellen 7 und 8 sehr ähnlich, wo es um die Anzahl der konkreten Argumente für oder gegen eine Fusion geht.

Die Haltung zur Verschmelzung beider Länder wird also nicht nur durch spezifische Sachargumente, sondern auch durch eher pauschale Bewertungen der Fusionsperspektiven bestimmt.

Nun könnte man annehmen, dass Sachargument und Pauschalurteil eng miteinander zusammenhängen. Wer sich dem Fusionsthema optimistisch nähert, wird auch für Pro-Argumente besonders empfänglich sein. Und wer die Länderehe pessimistisch beäugt, dürfte die Gegenargumente stark machen. Umgekehrt lässt sich vermuten, dass sich viele positive Argumente zu einer optimistischen Grundhaltung in Sachen Ländervereinigung verdichten, während sich Contra-Argumente zu einer pessimistischen Grundhaltung summieren.

Dass diese Vermutung weithin (aber nicht durchgängig) zutrifft, zeigen die folgenden Analysen.

Tabelle 9: Die Zustimmung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder in Abhängigkeit von ihrem Fusionsoptimismus 2000 und 2002 (%)		
Stärke des Fusionsoptimismus	2000	2002
Kein	17	9
Schwach	47	26
Mäßig	84	82
Stark	96	97
Sehr stark	100	97

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

Tabelle 10: Die Zustimmung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder in Abhängigkeit von ihrem Fusionspessimismus 2000 und 2002 (%)		
Stärke des Fusionspessimismus	2000	2002
Kein	94	96
Schwach	81	78
Mäßig	48	32
Stark	13	7

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

► **Rationale Nutzenkalküle und pauschale Bewertungen der Fusionsperspektiven bilden keinen Gegensatz. Sie prägen vielmehr gemeinsam die Haltung der Bevölkerung zur Länderehe. Fusionsängste spielen dabei eine nachgeordnete Rolle.**

Wie werden abschließend der Frage nachgehen, welche der vier Variablenkomplexe

- Nutzenerwartungen (Argumente für eine Fusion),
- spezifische Ängste (Argumente gegen eine Fusion),
- Fusionsoptimismus und
- Fusionspessimismus

die Haltung der Bevölkerung zur Länderfusion wie stark prägen und worin der Unterschied zwischen den Befragungsergebnissen von 2000 und denen der aktuellen Studie liegen.

Statistisch gesehen setzen wir nun die Variable "Haltung zur Länderfusion" in Beziehung zu den vier Variablen "Nutzenerwartungen", "spezifische Ängste", "Fusionsoptimismus" und "Fusionspessimismus". Dieses Verfahren wird als **Korrelation** bezeichnet. Wie stark die systematische Beziehung zwischen zwei Variablen ist, wird mittels **Korrelationskoeffizienten** berechnet. Für unsere Absichten ist der Korrelationskoeffizient **Lambda** (λ) geeignet, der zwischen 0 und 1 (einschließlich) variiert. Wenn Lambda gleich Null ist, liegt kein Zusammenhang vor, wenn Lambda gleich eins ist, liegt ein perfekter Zusammenhang vor (was nur sehr selten vorkommt). Um die lästigen Kommata zu vermeiden, multiplizieren wir die Lambda-Werte mit 100.

Tabelle 11 berichtet das Ergebnis unserer Berechnungen*. Beginnen wir mit der Interpretation der **Lambda-Werte für 2002**: Am stärksten korreliert "Fusionsoptimismus" mit der Haltung zur Fusion. Der Wert 588 kennzeichnet einen recht starken Zusammenhang zwischen beiden Variablen. Es folgen "Fusionspessimismus" (550) und "Nutzenerwartungen" (546). "Spezifische Ängste" erzielt mit 349 den schlechtesten Wert, der aber immer noch einen respektablen Zusammenhang darstellt.

* Die λ -Werte beruhen auf der Fusionshaltung als abhängiger Variable.

Damit bestätigt sich wiederum, dass Nutzenerwartungen einen größeren Einfluss auf die Haltung zur Fusion ausüben als Fusionsängste. Da Nutzenerwartungen, Fusionsoptimismus und Fusionspessimismus ungefähr gleich stark mit der Entscheidung für bzw. gegen ein gemeinsames Bundesland korrelieren, **wird unsere Ausgangsthese von dem betont argumentativen Umgang der Berlin-Brandenburger mit dem Fusionsproblem relativiert**. Auch weitere Analysen, die hier nicht dargestellt werden können, belegen, dass die Haltung zur Fusion nahezu gleichermaßen durch konkrete Sachargumente und allgemeine Ansichten von der Länderehe geprägt ist. Allerdings gilt das nur für Sachargumente, die *für* eine Fusion sprechen, also für Nutzenerwartungen. Sachargumente, die sich *gegen* eine Fusion richten, also konkrete Fusionsängste, tragen vergleichsweise wenig zur Erklärung der Fusionshaltung bei.

Wenn zwischen Berlin und Brandenburg unterschieden wird (Tabelle 12), dann zeigt sich, dass die Fusionshaltung der Berliner stärker von Fusionsoptimismus, die der Brandenburger stärker von Nutzenerwartungen abhängt.

Die **Lambda-Werte für 2000** (Tabelle 11) liegen durchgängig niedriger als die für 2002. Damals spielten Fusionsängste noch eine geringere Rolle als heute. Aber auch 2000 zeigte sich die nahezu gleichartige Prägekraft von Nutzenerwartungen, Fusionsoptimismus und Fusionspessimismus.

Die Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg (Tabelle 12) sind nicht besonders aufregend und werden daher nicht weiter kommentiert.

Tabelle 11: Die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Haltung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder und einigen möglichen Ursachen für diese Haltung 2000 und 2002 (Korrelationskoeffizient: Lambda x 100)		
	2000	2002
Nutzenerwartungen (Argumente pro Fusion)	425	546
Spezifische Ängste (Argumente gegen Fusion)	194	349
Fusionsoptimismus	398	588
Fusionspessimismus	345	550

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

Tabelle 12: Die Stärke des Zusammenhangs zwischen der Haltung der Bevölkerung in der Region Berlin - Brandenburg zur Fusion beider Länder und einigen möglichen Ursachen für diese Haltung 2000 und 2002 in Berlin und Brandenburg (Korrelationskoeffizient: Lambda x 100)				
	2000		2002	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Nutzenerwartungen (Argumente pro Fusion)	398	469	488	609
Spezifische Ängste (Argumente gegen Fusion)	*	264	318	365
Fusionsoptimismus	347	488	650	548
Fusionspessimismus	320	389	556	551

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.
Datenquelle: forsa.

* Kein signifikanter Zusammenhang.

Im Ergebnis hat der Einfluss der hier behandelten möglichen Ursachenkomplexe für die Haltung der Befragten zur Länderfusion zwischen 2000 und 2002 zugenommen. Ob sich die Bürger in der Region für ein gemeinsames Bundesland aussprechen, hängt mehr oder weniger gleichermaßen davon ab, wie sie die Perspektiven dieser Heirat pauschal bewerten und wie viele konkrete Sachargumente ihrer Meinung nach dafür sprechen.

Die Unterschiede zwischen beiden Ländern fallen nicht gravierend aus. Die Berliner verbinden mit dem Länderzusammenschluss gegenwärtig wohl eher Hoffnungen auf eine bessere Zukunft, während die Brandenburger primär auf Sachargumente zielen. Dabei kommen immer auch **politische Einflüsse** zum Tragen. Möglicherweise bieten die desolante Finanzsituation Berlins oder auch die Regierungsbeteiligung der PDS Ansatzpunkte, um den vorhandenen Fusionspessimismus argumentativ zu vertreten.

- ▶ **Ein neuer Anlauf zur Vereinigung von Berlin und Brandenburg bedarf der sorgfältigen Vorbereitung durch eine Kampagne, die nicht nur die Vorteile und Segnungen einer Fusion kommuniziert, sondern auch die psychologischen Voraussetzungen für die Länderehe schafft.**

Angesichts der rückläufigen Zustimmung zur Zusammenlegung beider Länder und der nur noch knappen Mehrheit in Brandenburg für dieses Vorhaben sollte der Fusionsprozess diesmal sorgfältig vorbereitet werden. Für eine Kampagne erscheint bedeutsam, dass die Haltung der Bevölkerung zur Länderehe kaum durch gefühlsmäßige Beziehungen zwischen Berlinern und Brandenburgern, durch ihre gegenseitige Wahrnehmung und durch historische Belastungen aus der Vorwendzeit geprägt ist. Es kann also keine Rede davon sein, dass die Brandenburger die Berliner nicht mögen, oder umgekehrt. Die Haltung zur Länderehe hängt vielmehr von Faktoren ab, die sich konkret auf die Bildung eines gemeinsamen Bundeslands beziehen. Dabei sind nicht nur Argumentationshaushalte, also die Abwägung von spezifizierbaren Vor- und Nachteilen, entscheidend, sondern eben auch Erwägungen grundsätzlicher Art, die sich auf die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern erstrecken.

Dabei befürchten viele Brandenburger, dass sie in einem gemeinsamen Land ihre Eigenständigkeit und Identität verlieren, dass sie "assimiliert" werden könnten. Während es die Berliner immer leicht hatten, sich als eingemauerte Frontstädter, als Bürger der Hauptstadt der DDR oder nun als Bewohner einer europäischen Metropole mit ihrer Stadt zu identifizieren, ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu entwickeln und sich für etwas besonderes zu halten, sind die Brandenburger noch voll damit beschäftigt, sich ihre Landesidentität neu zu erarbeiten. **Während Berlin im vollen Bewusstsein seiner Ausstrahlungskraft und Sogwirkung die Vereinigung beider Länder betreibt, glauben viele Brandenburger, dass dadurch der Prozess ihrer Identitätsbildung gestört wird.**

In diesem Kontext sind unsere Untersuchungsergebnisse über Nutzenerwartungen und Ängste, über Fusionsoptimismus und -pessimismus zu interpretieren: Auch wenn sich sehr viele Bürger in der Region bei ihrer Entscheidung über die Zusammenlegung beider Länder von rationalen Kriterien leiten lassen, darf die Fusion nicht nur als ein Projekt kommuniziert werden, das vernünftig ist, sich "rechnet" und allen Vorteile bringt. Die Kampagne muss zugleich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Brandenburger in dem neuen Land heimisch fühlen. Die Fusion kann nur gelingen, wenn sie zu einer Herzensangelegenheit der Menschen wird.